ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kempin, Ronja

Research Report

Französisch-britische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik: Möglichkeiten und Grenzen

SWP-Studie, No. S 7/2005

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Kempin, Ronja (2005) : Französisch-britische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik: Möglichkeiten und Grenzen, SWP-Studie, No. S 7/2005, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/252553

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Studie
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Ronja Kempin

Französisch-britische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik

Möglichkeiten und Grenzen

S 7
März 2005
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5 **Problemstellung und Schlußfolgerungen**

7 **Ausgangspositionen**

9 **Atlantische oder autonome EU?**
9 Europäische Verteidigungsagentur
11 EU-Battlegroups
12 Autonome Planung und Führung

14 **Unterschiedliche nationale Ausrichtungen**
14 Marine: Beispiel Flugzeugträger
15 Streitkräfteplanung
18 Umstrukturierung der Streitkräfte

20 **Bilanz und Ausblick**

21 **Abkürzungen**

Französisch-britische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. Möglichkeiten und Grenzen

Frankreich und Großbritannien wollen die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik stärken. Mit der Erklärung von St. Malo haben beide Länder Ende 1998 den Integrationsprozeß in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) angestoßen und seither beständig vorangetrieben. Im Februar 2003 schlugen sie den Staats- und Regierungschefs der übrigen EU-Mitgliedstaaten den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) vor, um den europäischen Rüstungsbedarf effizienter ermitteln und seine finanzielle Deckung kostengünstiger organisieren zu können. Die militärische Handlungsfähigkeit im Rahmen der ESVP soll nach dem Willen Frankreichs und Großbritanniens durch die Aufstellung von 1500 Mann starken »EU-Battlegroups« erhöht werden. Binnen 15 Tagen sollen diese nach Maßgabe des Artikels 7 der UN-Charta eingesetzt werden können. Schließlich hat mit der Vereinbarung, beim Bau ihrer neuen Flugzeugträger zu kooperieren, auch die bilaterale Zusammenarbeit in der Rüstungsbeschaffung einen wichtigen Impuls erhalten.

Bedeutet dies, daß sich Deutschland im militärischen Bereich darauf einstellen muß, daß Frankreichs Beziehungen zu Großbritannien künftig enger sein werden als die deutsch-französischen? Entbindet die britisch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschland davon, eigene Vorstellungen für die europäische militärische Integration zu entwickeln und zu verfolgen? Bislang ließen die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Ausrichtungen – London orientierte sich in dieser Frage an Washington, Paris strebte die Führungsrolle in einem militärisch autonom handlungsfähigen Europa an – die mit der ESVP verbundenen Ziele auf beiden Seiten des Ärmelkanals auseinanderlaufen: Für Großbritannien dient ein sicherheits- und verteidigungspolitisch mächtiges Europa in erster Linie der Stärkung der Atlantischen Allianz und damit der Verbesserung der transatlantischen Beziehungen. Frankreich verweist zwar auch auf die Komplementarität von NATO und ESVP; dessen ungeachtet soll die ESVP aber autonom und ohne Rückgriff auf amerikanische Fähigkeiten einsatzfähig sein.

Diese unterschiedlichen Ausrichtungen traten in den Auseinandersetzungen um ein militärisches Vorgehen gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein deutlich hervor: Während die Regierung Tony Blairs fest an der Seite der USA stand und sich als treuester Verbündeter Washingtons erwies, versuchte man in Paris, die Partner in der Europäischen Union gegen die Kriegsabsichten der Bush-Administration zu mobilisieren. Trotzdem konnten die Regierungen beider Länder zu den erwähnten Übereinkünften gelangen. Dieser Befund wirft zwei kritische Fragen über die tatsächliche Substanz und das Potential der französisch-britischen Zusammenarbeit auf, die zu beantworten auch für die Auslotung der deutschen Handlungsspielräume und Verantwortung besonders in der ESVP von großer Bedeutung ist:

- In welchen Bereichen ist eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit Frankreichs und Großbritanniens trotz divergierender sicherheitspolitischer Grundausrichtungen möglich? Und umgekehrt gefragt: Welche Grenzen setzen diese Differenzen der Kooperation zwischen London und Paris?
- Inwieweit kann die britisch-französische Zusammenarbeit auch in Zukunft ein Impulsgeber für die Ausgestaltung der ESVP sein?

Die Studie kommt zu folgenden Ergebnissen: Die Tragweite der britisch-französischen Initiativen seit der Auseinandersetzung um den Irak-Krieg wird durch die nach wie vor existierenden divergierenden sicherheitspolitischen Ausrichtungen beider Länder begrenzt. Weil sie in Rüstungsfragen unterschiedliche Vorstellungen haben, stritten Paris und London über den Vorsitz des Aufstellungsstabs der EVA. Die Frage, ob die Entsendung von EU-Battlegroups die Einsatzfähigkeit der NATO Response Force (NRF) beeinträchtigen darf, wurde ebenfalls lange diskutiert. Darüber hinaus lassen beide Seiten keinen politischen Willen erkennen, zu einer bilateralen Integration im Rüstungssektor zu gelangen. Ihre Zusammenarbeit beim Bau ihrer jeweiligen Flugzeugträger ist allein betriebswirtschaftlichen Gründen geschuldet und beschränkt sich auf die kostensenkenden Synergieeffekte, die Frankreich und Großbritannien durch die Beteiligung des französischen Rüstungskonzerns Thales an beiden Projekten erzielen wollen.

Aus diesen Befunden ergeben sich folgende Möglichkeiten und Grenzen französisch-britischer Zusammenarbeit:

- Solange die Regierungsvertreter Frankreichs und Großbritanniens es verstehen, Fragen der sicherheitspolitischen Grundausrichtung auszusparen, können sie die ESVP, aber auch ihre bilaterale Zusammenarbeit entscheidend voranbringen. Daher spielen London und Paris bei der effizienteren Deckung des europäischen Rüstungsbedarfs und bei der Verbesserung der militärischen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union eine wesentliche Rolle.
- Ihre unterschiedliche sicherheitspolitische Ausrichtung – Londons Schulterschluß mit Washington, Paris' Führungsanspruch in einem militärisch autonom handlungsfähigen Europa – beschränkt jedoch die Wirkung ihrer Zusammenarbeit für die ESVP. Sie verwehrt es beiden Ländern, die von ihnen selbst eröffneten Möglichkeiten des europäischen Integrationsprozesses in Fragen der rüstungsindustriellen Kooperation, aber auch des Aufbaus integrierter europäischer Streitkräfte voll auszuschöpfen.

Da jedoch die übrigen EU-Mitgliedstaaten ebenfalls wenig Einigkeit erkennen lassen, wenn es um die verstärkte Integration in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht, bildet die britisch-französische Zusammenarbeit den derzeit einzigen Rahmen für Fortschritte in der ESVP. Integrierte EU-Streitkräfte, die auch durch ihre materielle Ausrüstung vollständig interoperabel sind und von einer eigenen Planungseinheit in den Einsatz entsendet werden können, sind deshalb auf lange Zeit nicht zu erwarten. Dieser Umstand nimmt die Bundesregierung in die Pflicht, sich in Zukunft deutlich stärker als bisher an der Ausgestaltung der ESVP zu beteiligen. Die Unfähigkeit Großbritanniens und Frankreichs, im Bereich der militärischen Integration eine Führungsrolle zu übernehmen, sollte Berlin zu dem Versuch veranlassen, diesen Part gemeinsam mit Frankreich auszufüllen.

Ausgangspositionen

»The United Kingdom and France share the same taste for broad horizons and sense of duty that comes from worldwide responsibilities.«[1]

Großbritannien und Frankreich haben den Anspruch, ihre Interessen global und wenn nötig auch unter Einsatz militärischer Mittel zu vertreten. Sowohl in London als auch in Paris sind die koloniale Vergangenheit und der mit der Verfügungsgewalt über Atomwaffen sowie einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat verbundene Siegermachtstatus des Zweiten Weltkriegs wichtige historische Referenzpunkte. Beide Länder investieren daher deutlich mehr in den Aufbau moderner, schlagkräftiger militärischer Fähigkeiten als ihre europäischen Partner. Ihr Ziel bleibt es, weltweit jede Bedrohung ihrer nationalen Interessen abwenden oder bekämpfen zu können bzw. sich als Partner amerikanischer Operationen zu qualifizieren.[2]

Ihre jeweils spezifische strategische Kultur macht Frankreich und Großbritannien zu den aktivsten sicherheitspolitischen Akteuren in der Europäischen Union. Doch spätestens seit den Erfahrungen der Suez-Krise von 1956[3] differieren London und Paris in ihren sicherheitspolitischen Grundausrichtungen: Während die Regierung an der Themse weiterhin an ihrer *special relationship* zu Washington festhält und die führende Rolle der NATO in Europa unbedingt aufrechterhalten will, verfolgt Frankreich den Aufbau autonomer europäischer militärischer Fähigkeiten. Diese sollen die Machtverhältnisse in der Atlantischen Allianz ausgeglichener gestalten und Europa zu einem größeren Einfluß auf die USA in sicherheitspolitischen Fragen verhelfen.

Trotz dieser Unterschiede gelang es Staatspräsident Chirac und Premierminister Blair am 4. Dezember 1998 in der Erklärung von St. Malo, einen sicherheitspolitischen Kompromiß zu formulieren und den Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) anzuregen: »Die Europäische Union muß in der Lage sein, ihre Rolle auf der internationalen Bühne voll und ganz zu spielen. [...] Dazu muß die Union über eine autonome Handlungsfähigkeit verfügen, die sich auf glaubwürdige militärische Kräfte stützt, mit der Möglichkeit, sie einzusetzen, und mit der Bereitschaft, dies zu tun, um auf internationale Krisen zu reagieren. [...] Europa braucht verstärkt bewaffnete Kräfte, die in der Lage sind, schnell auf neue Gefahren zu reagieren, und sich auf eine starke und wettbewerbsfähige industrielle und technologische Grundlage stützen.«[4] Die hier zum Ausdruck kommende Übereinstimmung zwischen London und Paris ermöglichte es beiden, den Integrationsprozeß der ESVP durch die nachfolgenden Initiativen – etwa die Formulierung der in Helsinki beschlossenen »Headline Goals« mit der Aufstellung einer European Rapid Response Force (ERRF) – entscheidend zu prägen.

Die militärische Handlungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft der Europäischen Union konnte dadurch zweifellos erhöht werden. Doch in der Frage eines militärischen Vorgehens gegen das Regime Saddam Husseins kam es nicht zu einer Einigung. Beide Parteien standen sich mit unterschiedlichen, oft in

1 Rede des französischen Präsidenten Jacques Chirac anläßlich der 100-Jahr-Feiern der Entente cordiale am 5. April 2004, <http://www.elysee.fr/magazine/fiche/2004/04/05/109046_page_0.htm>.

2 *Ministère de la Défense*, 2003–2008 Military Programme, Bill of Law (englischsprachige Ausgabe), Paris: Délégation à l'Information et à la Communication de la Défense (DICoD), Oktober 2002; *Ministry of Defence*, Delivering Security in a Changing World, Defence White Paper, Norwich, TSO, Dezember 2003.

3 Der Drohung Frankreichs und Großbritanniens, gegen die Verstaatlichung des Suez-Kanals notfalls Gewalt anzuwenden, erteilten die Vereinigten Staaten eine konsequente Absage: Sollten beide Staaten militärisch gegen Ägypten vorgehen, werde ihnen – das machte Washington deutlich – künftig die sicherheits- und militärpolitische Unterstützung der USA verwehrt bleiben. Großbritannien nahm diese Drohung zum Anlaß, seine nationale Sicherheit maßgeblich von den USA garantieren zu lassen und sich im Rahmen der NATO sicherheitspolitisch wie militärisch so eng wie möglich an die USA zu binden. Für Frankreich war mit der Suez-Krise nach 1940 der zweite Beweis erbracht, daß den USA nicht zu trauen sei. Daher lehnte Paris die amerikanische Führung in der Atlantischen Allianz ab und trat 1966 aus dem Bündnis aus.

4 Joint Declaration on European Defence, British-French Summit, Saint-Malo, 3.–4.12.1998, <www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029391629&aid=1013618395073>.

harter Diktion formulierten Positionen gegenüber. Dennoch gelang es ihnen auch in dieser Situation, den sicherheitspolitischen Integrationsprozeß Europas und die bilaterale Zusammenarbeit voranzubringen:

- Auf ihrem Gipfeltreffen im Februar 2003 schlugen Frankreich und Großbritannien die Gründung einer Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) vor, die am 12. Juli 2004 offiziell ihre Arbeit aufnehmen konnte.
- Darüber hinaus verständigten sich beide Seiten auf eine enge Abstimmung beim Bau ihrer jeweiligen Flugzeugträger.[5]
- Im Sommer 2003 unterstützte London Paris bei der erfolgreichen Durchführung der ersten autonomen Militäraktion der EU, der Operation Artémis in der Demokratischen Republik Kongo.
- Im November 2003 regten Jacques Chirac und Tony Blair schließlich den Aufbau sogenannter EU-Battlegroups an, die vor allem auf dem afrikanischen Kontinent zum Einsatz kommen und dort den Folgen des Staatszerfalls entgegenwirken sollen.[6] Auch diese Initiative, die den EU-Partnern gemeinsam mit Deutschland unterbreitet wurde, hat inzwischen Eingang in die ESVP gefunden.

Die zahlreichen sicherheitspolitischen Übereinstimmungen und das große britisch-französische Kooperationspotential können allerdings nicht über elementare Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern hinwegtäuschen. In den letzten Jahren sorgten neben den schon erwähnten Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg vor allem auch die Streitigkeiten um den Aufbau einer von der NATO unabhängigen Planungseinheit für EU-Militäreinsätze für Spannungen.[7] Entgegen der Aussage der französischen Verteidigungsministerin Alliot-Marie, die grundsätzliche Konvergenz in sicherheits- und militärpolitischen Fragen verpflichte beide Partner dazu, ihre Zusammenarbeit beim Aufbau einer kraftvollen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch stärker als bisher zu bündeln,[8] konnten auch anläßlich der Feierlichkeiten zum einhundertsten Jahrestag der Entente cordiale im Jahr 2004 keine substantiellen Fortschritte erzielt werden. Dies weckt Zweifel an der Reichweite der Übereinstimmung zwischen London und Paris und wirft folgende Fragen auf:

- In welchen weiteren Bereichen ist eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit Frankreichs und Großbritanniens trotz divergierender sicherheitspolitischer Grundausrichtungen möglich? Oder: Welche Grenzen setzen diese Gegensätze der Kooperation zwischen London und Paris?
- Wie weit reicht die impulsgebende Wirkung der britisch-französischen Kooperation für die ESVP?

5 Franco-British Summit, Le Touquet, 4.2.2003, Declaration on Strengthening European Cooperation in Security and Defence, <www.fco.gov.uk/Files/kfile/CFSDP_LeTouquetDeclaration_February2003.doc>.

6 Franco-British Summit, London, 24.11.2003, Strengthening European Cooperation in Security and Defence, <www.fco.gov.uk/Files/kfile/UKFrance_DefenceDeclaration,0.pdf>.

7 Die Streitigkeiten konnten im September 2003 erst unter Vermittlung des deutschen Bundeskanzlers beigelegt werden. Vgl. »Tervuren« ist kein Reizwort mehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.9.2003.

8 Michèle *Alliot-Marie*, De l'entente cordiale au partenariat stratégique, in: Défense Nationale, 60 (April 2004), S. 14–20. Dieser Artikel ist in englischer Übersetzung in der April-Ausgabe des RUSI-Journal erschienen.

Atlantische oder autonome EU?

Die Möglichkeiten und Grenzen der französisch-britischen Zusammenarbeit sollen zunächst im Hinblick auf die drei wichtigsten Aufgaben der ESVP beleuchtet werden: die Beschaffung militärischer Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten, die Steigerung der militärischen Effizienz der Europäischen Union und schließlich der Ausbau der operationellen Fähigkeiten. Im Anschluß daran wird die bilaterale Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik außerhalb des ESVP-Rahmens analysiert.

Europäische Verteidigungsagentur

Anfang 2003 schlugen Frankreich und Großbritannien die Einrichtung einer Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) vor. Deren Ziel soll es sein, den operativen Bedarf europäischer militärischer Fähigkeiten zu ermitteln und die Bedarfsdeckung kosteneffizient zu gewährleisten.[9] Mit dieser Initiative zogen beide Länder auch ihre Lehren aus dem weitgehend enttäuschenden European Capabilities Action Plan (ECAP) vom November 2001. Während mit dem ECAP lediglich versucht wurde, die nationalen Anstrengungen bei militärischen Beschaffungen und in der Streitkräfteplanung miteinander zu koordinieren, soll die europäische Rüstungsbeschaffung nun strengeren und verbindlicheren Kriterien unterworfen werden. Die Gründung der Europäischen Verteidigungsagentur wurde schließlich am 12. Juli 2004 vom Europäischen Rat beschlossen. Entsprechend den britisch-französischen Vorgaben soll sie die Entwicklung der ESVP in vier Bereichen voranbringen: (1) bei der Entwicklung militärischer Fähigkeiten, (2) bei der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, (3) bei der Stärkung der industriellen/technischen Grundlage und (4) bei Forschung und Entwicklung.[10]

Obwohl der Stellenwert, den beide Länder der Rüstungsbeschaffung zuweisen, sehr verschieden ist, konnten Frankreich und Großbritannien Übereinstimmung darüber erzielen, wie die militärischen Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten am wirkungsvollsten zu verbessern sind.

Anders als in Großbritannien stehen in Frankreich nicht betriebswirtschaftliche, sondern vor allem volkswirtschaftliche und technologische Überlegungen im Vordergrund der Rüstungspolitik. Dafür verantwortlich ist neben dem französischen Streben nach einer größtmöglichen Unabhängigkeit in der Verteidigungspolitik auch die »dirigistische« staatliche Industriepolitik. In seiner auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Industriepolitik hatte der französische Staat besonders in den sechziger und siebziger Jahren darauf hingewirkt, »nationale Champions« in der Rüstungspolitik zu schaffen, die teilweise oder vollständig in Staatsbesitz waren. Diese Politik erlebte im Jahr 2004 unter Staatspräsident Chirac und Finanzminister Sarkozy eine Renaissance.[11] Trotz der Europäisierung der französischen Rüstungspolitik und der Privatisierung eines Großteils der Rüstungsunternehmen hat Frankreich die nationalen Interessen weiterhin stärker im Blick als seine europäischen Partner.

Die Verquickung von Rüstungs- und Industriepolitik und der zentrale Stellenwert, den Frankreich einer autonomen, hochentwickelten und international wettbewerbsfähigen Verteidigungsindustrie einräumt, machen begreiflich, warum Frankreich die EVA mit der Stärkung der europäischen Bemühungen auf dem Verteidigungssektor und dem Aufbau eines europäischen Rüstungsmarkts beauftragen möchte. Nur so kann nach Ansicht Frankreichs das europäische Know-how gesichert und eine Abhängigkeit von amerikanischen Rüstungsgütern und amerikanischer Rüstungspolitik vermieden werden. Zudem könnten die EU-Mitgliedstaaten bei der Rüstungsbeschaffung im europäischen Rahmen Kosten sparen und die USA die Preise nicht mehr nach Belieben diktieren.

Ganz andere Prioritäten setzt man in Großbritannien. Unter Margaret Thatcher wurde die Rüstungsbeschaffung in den achtziger Jahren radikal umstrukturiert. Der »Thatcherism« führte das Prinzip des *best value for money* ein und machte Wettbewerb auf allen

9 Franco-British Summit, Le Touquet [wie Fn. 5].

10 <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/l_24520040717en00170028.pdf>.

11 Stefan *Theil*, What Could They Be Thinking? France Riles Neighbour Germany with Its Efforts to Promote »National Champion« companies, in: Newsweek, 21.6.2004.

Ebenen des Beschaffungsprozesses zur Norm. Ausländische Firmen wurden aufgefordert, sich bei Ausschreibungen zu bewerben. Die Beteiligung an britischen Rüstungsprojekten wurde ihnen dadurch erleichtert, daß sich auch Subunternehmer dem Wettbewerb stellen mußten. Der Schutz der britischen Rüstungsindustrie wurde auf allen Ebenen zugunsten der Kosten-Nutzen-Kalkulation aufgegeben.

Die Strategic Defence Review (SDR) der Labour-Regierung stoppte 1998 den Ausverkauf der britischen Rüstungsindustrie mit der sogenannten Smart Procurement Policy und schützte die wichtigen Rüstungsbereiche wieder stärker.[12] Dennoch hielt auch die Labour Party an den engen rüstungsindustriellen Verbindungen mit Washington fest. Im Jahr 2000 unterzeichneten Großbritannien und die Vereinigten Staaten eine Übereinkunft, die die Versorgungssicherheit, den wechselseitigen Marktzugang und den Export verbessern und den Umgang mit klassifizierten Informationen regeln soll.[13]

Ungeachtet dieser Erklärung mußte die britische Regierung die Erfahrung machen, daß der amerikanische Rüstungsmarkt für britische Produkte nach wie vor weitgehend verschlossen ist. Als einzige Möglichkeit, die britische Rüstungsindustrie zu erhalten und sie nicht auf das Niveau eines Subunternehmers absinken zu lassen, bot sich die Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit in der Rüstungsbeschaffung an. Gleichwohl hat Großbritannien die Hinwendung nach Europa in der Rüstungspolitik nur halbherzig vollzogen. Es reibt sich weiterhin auf zwischen dem Aufbau eines europäischen Rüstungsmarkts und den Vorteilen, die ihm bei der Rüstungsbeschaffung durch die *special relationship* mit den USA zugute kommen. Dementsprechend unterstützt das Vereinigte Königreich zwar den Aufbau der EVA, möchte ihre Aufgaben allerdings auf die kostensenkende Koordination der nationalen Rüstungsinitiativen beschränkt sehen. Durch die Harmonisierung des Bedarfs werde, so heißt es in London, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie am besten gefördert.

In Anbetracht dieser unterschiedlichen Präferenzen verwundert es nicht, daß Franzosen und Briten um den Vorsitz des zwölfköpfigen Aufstellungsstabs (Agency Establishment Team) der EVA wetteiferten, der mit der Ausarbeitung der inhaltlichen und technischen Leitlinien der Agentur betraut war. London und Paris nominierten jeweils einen eigenen Kandidaten: Während Großbritannien Nick Witney, verantwortlich für internationale Sicherheitspolitik im britischen Verteidigungsministerium, durchsetzen wollte, schickte Frankreich Laurent Giovacchini, Direktor für industrielle Zusammenarbeit der Délégation Générale pour l'Armement (DGA), ins Rennen.

Die französische Regierung wollte einen Briten an der Spitze der EVA verhindern: Sie unterstellte London, die industriepolitische Komponente der Agentur zu vernachlässigen, da Großbritannien sich dem Grundsatz des *buy European* nicht verpflichtet fühle und bei seinen Rüstungsbeschaffungen allein nach dem Kriterium des Preis-Leistungs-Verhältnisses entscheide. Umgekehrt befürchtete London, ein französischer Leiter des Aufstellungsstabs werde die Agentur darauf ausrichten, große europäische Verteidigungsprojekte zu entwerfen, ohne sich an der realen sicherheitspolitischen Bedrohungssituation zu orientieren.[14]

Während die Agentur aus britischer Sicht also vorrangig damit beauftragt sein soll, die Kosten der Rüstungsbeschaffung zu senken, soll sie in den Augen Frankreichs auch ein Instrument im Dienste der EU-Industriepolitik sein, das in der Lage ist, eine autonome europäische Rüstungsindustrie zu erhalten.

Unter Vermittlung von Javier Solana erzielten beide Seiten schließlich einen Kompromiß: Nachdem sie sich darauf verständigt hatten, die erste Amtsperiode des Chefs der EVA nach dem Muster der Europäischen Zentralbank untereinander aufzuteilen, konnte Nick Witney nominiert werden. Paris durfte den Generaldirektor des European Union Military Staff (EUMS) benennen.[15] Frankreich und Großbritannien teilten somit die beiden wichtigsten Posten in der ESVP unter sich auf und zementierten ihren Führungsanspruch auf diesem Feld.

12 Um die Inflation der Rüstungsausgaben einzudämmen setzt die Smart Procurement Policy auf fortlaufende Anschaffungen, integrierte Projektgruppen mit Vertretern aus Militär und Industrie sowie langfristige Projektpartnerschaften mit Industrieunternehmen. Dabei werden britische Unternehmen bevorzugt berücksichtigt.

13 *Secretary of Defense William S. Cohen and Secretary of State for Defence Geoffrey Hoon*, Declaration of Principles for Defense Equipment and Industrial Cooperation between the Department of Defense of the United States of America and the Ministry of Defence of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, including the Annex, 5.2.2000, vgl. <www.parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/cm200001/cmselect/cmdfence/115/115ap13.htm>.

14 Briton to Head New EU Arms Procurement Agency, in: Financial Times, 29.1.2004.

15 Le Britannique Nick Witney prend la direction de l'Agence européenne de l'armement, in: Le Monde, 29.1.2004.

EU-Battlegroups

Auch die Verbesserung der militärischen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union war Gegenstand des britisch-französischen Gipfels von Le Touquet im Februar 2003. Auf dem darauffolgenden britisch-französischen Zusammentreffen am 24. November 2003 in London wurde das Konzept der EU-Battlegroups konkretisiert. Die Battlegroups sollen innerhalb von 15 Tagen in einer Krisenregion stationiert werden können und »vorrangig (aber nicht exklusiv)« im Rahmen des Artikels 7 der UN-Charta »für den Einsatz in zusammenbrechenden oder zusammengebrochenen Staaten (von denen sich die meisten in Afrika befinden) verwendet, aber nicht darauf beschränkt werden«.[16] Als leichte Infanterie-Einheiten sind sie speziell für den Einsatz in zerfallenden Staaten und als Schutztruppe konzipiert. Eine Battlegroup soll aus 1500 Soldaten bestehen und sich mindestens 30, maximal 120 Tage in einem Einsatzgebiet aufhalten können, das bis zu 6000 Kilometer von Brüssel entfernt liegt.

Politischer wie militärischer Vorläufer des Battlegroups-Konzepts war die Operation Artémis. Diese erste von der Europäischen Union autonom durchgeführte militärische Operation fand vom 6. Juni bis 1. September 2003 in der Provinz Ituri der Demokratischen Republik Kongo unter französischem Oberkommando statt.[17] Neben der Durchhaltefähigkeit ist auch das Fähigkeitenprofil der neuen Battlegroups nahezu deckungsgleich mit dem bei der Operation Artémis eingesetzten Kontingent.

Obwohl Frankreich und Großbritannien konträre Vorstellungen in bezug auf die Einsatzmodalitäten der Battlegroups, die Beteiligung anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union daran und die Abgrenzung dieser Einheiten von der NATO Response Force (NRF) haben, beschlossen die EU-Verteidigungsminister am 17. September 2004 auf ihrem Treffen im niederländischen Noordwijk, bis zum Jahr 2007 mindestens 13 Battlegroups mit jeweils 1500 Soldaten zu bilden.

Die größten Meinungsunterschiede auf beiden Seiten des Ärmelkanals betreffen die Frage, ob im Fall der Fälle die EU-Battlegroups oder die NRF den Vorrang haben sollten. Die Problematik stellt sich, weil beide Staaten bislang noch nicht entschieden haben, ob sie ihre nationalen Kontingente für die Battlegroups aus Kräften ihrer leichten, schnell verlegbaren und in hoher Bereitschaft stehenden Spezialeinheiten zusammensetzen oder – wie ihre europäischen Partner – ihre der NATO Response Force assignierten Kräfte als EU-Battlegroup melden.

Bis zu einer Entscheidung, die im Laufe des Jahres 2005 erwartet wird, stellt sich die Situation wie folgt dar: Paris vertritt die Auffassung, daß die NATO den Einsatz der EU-Battlegroups weder politisch noch technisch einschränken dürfe. Sowohl im Verteidigungsministerium in Paris als auch in der Ständigen EU-Vertretung Frankreichs in Brüssel wird betont, daß man im Falle eines Einsatzes der EU-Battlegroups keine Rücksicht auf deren Bereitstellung in der NRF nehmen müsse. Es sei nicht zu rechtfertigen, Kräfte militärisch in der NRF zu belassen, wenn sie im Rahmen einer autonomen EU-Operation eingesetzt werden könnten. Sollte das französische Verteidigungsministerium seine Einheiten tatsächlich herausnehmen, wenn sie sich in der Bereitschaftsphase der NRF befinden, so ist letztere praktisch nicht einsatzfähig.

In London vertritt man eine völlig andere Position. Dort werden die EU-Battlegroups als ein effektives Mittel zur politischen und militärischen Entlastung der NATO und der USA gesehen. Battlegroups sollen nur dann zum Einsatz kommen, wenn weder die Vereinigten Staaten noch die Allianz politisch willens sind, einen entsprechenden Einsatz durchzuführen.

Wie bei der Einrichtung der Europäischen Verteidigungsagentur waren Frankreich und Großbritannien im Fall der EU-Battlegroups nicht allein in der Lage, ihre Differenzen auszuräumen. Die Regierungen in Paris und London hatten sich lediglich darauf ver-

16 Capabilities Development in Support of EU Rapid Response, »The Battlegroups Concept«, FR/DE/GB Food for Thought Paper, <www.geopowers.com/Allianzen/EU/akt_eu/RRF_BGConcept.pdf>.

17 Mit dem Einsatz, an dem neben Frankreich auch Deutschland, Großbritannien, Belgien und Schweden beteiligt waren, reagierte die Europäische Union binnen weniger Tage auf ein Ersuchen des UN-Generalsekretärs Kofi Annan, die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Ethnien der Hema und Lendu zu stoppen: Am 20. Mai 2003 hatte Annan die Staatengemeinschaft aufgerufen, die UN-Mission MONUC zu unterstützen. Vom 22. Mai an prüfte die Europäische Union, ob sie die Operation als EU-Operation übernehmen sollte. Am 28. Mai erklärte Frankreich offiziell seine Bereitschaft, eine militärische Operation in Ituri als *framework nation* anzuführen. Am 30. Mai verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1484, die die Entsendung einer French Interim Emergency Force nach Bunia erlaubte. Am 5. Juni verabschiedete der Europäische Rat die Council Joint Action, in der er seine Bereitschaft erklärte, die Operation zu einer EU-*Peacekeeping*-Mission unter dem Namen Artémis zu machen. Am 6. Juni begann Frankreich mit der Entsendung von Luftstreitkräften und Spezialeinheiten, kurz darauf auch mit der Verlegung von Bodenkräften. Am 12. Juni verabschiedete der Europäische Rat den Einsatzplan und beschloß den Beginn der militärischen Operation in der DR Kongo.

ständigen können, von Fall zu Fall zu entscheiden, welche Battlegroups für den konkret anstehenden Einsatz geeignet sind und bereitgestellt werden. Erst im Rahmen der EU-Verhandlungen konnten die übrigen Mitgliedstaaten einen festen Rotationszyklus der EU-Battlegroups durchsetzen, der mit demjenigen der NRF abgestimmt ist.

Ohne diese wichtigen Regelungen wäre eine Umsetzung des Battlegroups-Konzepts unter Beteiligung möglichst aller Mitgliedstaaten nicht möglich gewesen. Dann hätte die Mehrheit der europäischen Partnerländer nach den Vorgaben Frankreichs und Großbritanniens neue Fähigkeiten aufbauen müssen, um nicht in Konflikt mit der NRF zu kommen. Damit wiederum hätte das Battlegroups-Konzept der Stoßrichtung der neuen »Headline Goals 2010« entgegengewirkt, die auf substantielle Verbesserungen bei der Zusammenführung der existierenden EU-Verteidigungsfähigkeiten abzielen.[18] Die Europäische Union soll in die Lage versetzt werden, das gesamte Spektrum des Krisenmanagements wahrzunehmen, einschließlich der erweiterten »Petersberg-Aufgaben«.[19]

Autonome Planung und Führung

Frankreich und Großbritannien sind die entscheidenden Katalysatoren im militärischen Integrationsprozeß der Europäischen Union. Wenn es jedoch darum geht, die Union mit eigenen operationellen Kapazitäten auszustatten, gelangen sie zu keiner Übereinkunft. Dieses Problemfeld wird in der französisch-britischen Zusammenarbeit ausgespart, beide Parteien arbeiten in dieser Frage sogar gegeneinander. Das jüngste Beispiel für die unterschiedliche Interessenlage war die 2003 geführte Debatte um ein autonomes militärisches EU-Hauptquartier.

Paris strebt den Aufbau eines europäischen Hauptquartiers mit weitgehenden operativen Befugnissen an. In diesem Sinne schlug Präsident Chirac gemeinsam mit den Regierungschefs von Deutschland, Belgien und Luxemburg im April 2003 vor, im Brüsseler Vorort Tervuren ein Hauptquartier einzurichten, das mit der operativen Planung und Durchführung von EU-Einsätzen betraut werden soll. Diese Empfehlung ging über die Vereinbarungen hinaus, die der Europäische Rat in Nizza im Dezember 2000 getroffen hatte. Dort war lediglich festgehalten worden, daß die operationelle Planung für eine autonome EU-Operation in einem der bestehenden europäischen strategischen Hauptquartiere erfolgen solle.

Der britische Premier blieb dem Treffen der vier Staats- und Regierungschefs fern, weil er den Aufbau autonomer operationeller europäischer Planungskapazitäten ablehnt. Da das britische Hauptquartier in Northwood ausreichend in der Lage sei, multilaterale Militäreinsätze zu koordinieren, gebe es keinen Bedarf für eine europäischen Planungszelle; im übrigen könne sich die Europäische Union im Bedarfsfall der Fähigkeiten des Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) bedienen. Eine EU-Planungszelle stelle eine unnötige Duplizierung von Fähigkeiten dar und werde daher von britischer Seite abgelehnt.

Im Gegensatz zu London erachtet es Paris als wenig wünschenswert, im Falle einer militärischen Operation, an der die NATO nicht beteiligt ist, auf die Fähigkeiten von SHAPE zurückgreifen zu müssen. Vielmehr müsse sowohl aus politischen wie auch aus symbolischen Gründen das Bestreben der EU, ein eigenständiger militärischer Akteur zu werden, durch eine eigene Planungsfähigkeit untermauert werden. EU und NATO seien zwei voneinander unabhängige Organisationen.

Am 29. August 2003 wandte sich London offiziell gegen die Erklärung des Brüsseler Vierergipfels. Auf dem informellen Treffen der außenpolitischen Direktoren der EU-Mitgliedstaaten in Rom unterbreitete die britische Delegation ein vom Außen- und vom Verteidigungsministerium gemeinsam erarbeitetes »UK Food for Thought«-Papier. Darin wurde die Einrichtung einer EU-Planungszelle bei SHAPE vorgeschlagen, die eng mit dem Generaldirektor des Militärstabs der Europäischen Union, aber auch mit dem Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) sowie den verschiedenen nationalen Hauptquartieren der EU-Partner zusammenarbeiten soll, ohne jedoch über die Befugnis zu operativer Planung zu verfügen.[20]

18 Die im Mai 2004 verabschiedeten »Headline Goals 2010« stellen ein Streikräfte-Planziel dar, das auf Interoperabilität, Verlegefähigkeit und Durchhaltefähigkeit ausgerichtet ist, um der Europäischen Union zu ermöglichen, das gesamte Spektrum des Krisenmanagements wahrzunehmen.

19 Die erweiterten Petersberg-Aufgaben umfassen neben den bisherigen Aufgaben (humanitäre und Rettungseinsätze, militärische Beratung und Unterstützung, Konfliktverhütung, Maßnahmen zur Friedenserhaltung, Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen) auch gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten.

20 ESDP 29 August Meeting: UK Food For Thought Paper, <www.parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/cm200304/cmselect/cmfaff/1233/3102804.htm>.

Ein Kompromiß zwischen diesen gegensätzlichen Positionen konnte erst aufgrund externer politischer Veränderungen und unter maßgeblicher Vermittlung der Bundesregierung herbeigeführt werden.

Im September 2002 hatte Frankreich seine Planungszelle in Creil mit der operativen Einheit in Saint-Germain zum Centre de Planification et de Conduite des Opérations pour la France et pour l'Europe (pre-CPCO) verschmolzen. Dahinter stand die Absicht, durch den bislang einzigartigen Zugang zu Aufklärungs-, Informations- und Kommandostrukturen (C^3ISR) auch große europäische Militäreinsätze mit einem Einsatzrahmen von bis zu 50 000 Mann führen zu können.[21] Der EU-Planungszelle soll dieses Operationszentrum zur Verfügung gestellt werden.

Die Regierung in London, die genau dieses fürchtete, sah sich nun gezwungen, von ihrer kategorischen Ablehnung abzurücken.[22] Bundeskanzler Schröder, Staatspräsident Chirac und Premierminister Blair kamen am 20. September 2003 in Berlin überein, »daß die EU über eine gemeinsame Fähigkeit zur Planung und Führung von Operationen ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO verfügen muß«.[23] Ein Grund für das britische Einlenken dürfte die innenpolitische Lage gewesen sein. Die massive Kritik an Blairs Irak-Politik ebbte nicht ab, und mit der Unterstützung einer europäischen Initiative suchte der Premier den Eindruck zu erwecken, er setze sich ein wenig von Washington ab.[24] Da sich Paris und Berlin zum selben Zeitpunkt ihrerseits bemühten, die durch den Irak-Krieg aufgeworfenen Spannungen mit den USA zu verringern, gelang es den drei Regierungen, ihre Positionen zur europäischen Verteidigung zusammenzuführen.[25] Am 13. Dezember 2003 beschloß der Europäische Rat die Einrichtung sowohl einer kleinen EU-Zelle bei der NATO (SHAPE) zur besseren Vorbereitung von EU-Operationen im Rahmen der Berlin-Plus-Vereinbarungen[26] als auch einer zivil-militärischen Planungszelle innerhalb des EUMS, um die Fähigkeiten zur Frühwarnung, Lagebewertung und strategischen Planung zu erhöhen.

Frankreich und Großbritannien stimmen weder in ihren Zielvorstellungen bezüglich der Aufgaben und Funktionen der Europäischen Verteidigungsagentur noch in der Abgrenzung zwischen EU-Battlegroups und NATO Response Force überein. Sofern es ihnen aber gelingt, auf untergeordneter Ebene Kompromisse zu erzielen, vermögen sie dem europäischen Integrationsprozeß wichtige Anstöße zu geben. Sowohl im Hinblick auf die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten als auch auf deren Einsatz geben Frankreich und Großbritannien der ESVP daher Impulse.

Diese Wirkung vermögen beide jedoch nicht zu erzielen, wenn die institutionellen Rahmenbedingungen an der Schnittstelle zwischen NATO und EU berührt werden. Die Auseinandersetzungen um die Schaffung einer Planungszelle, die ohne Rückgriff auf die bestehenden NATO-Fähigkeiten in der Lage ist, autonome europäische Militäreinsätze zu koordinieren, sind exemplarisch für die französisch-britischen Divergenzen über die Finalität des europäischen Integrationsprozesses in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Während Großbritannien jede Initiative ablehnt, die die zentrale Stellung der NATO gefährden oder in Frage stellen könnte, zielt Frankreichs Politik auf die Verbesserung der autonomen, von der NATO unabhängigen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union ab. Die Kooperation zwischen London und Paris gestaltet sich um so schwieriger, je mehr der Status quo des institutionellen Machtgefüges zwischen NATO und ESVP in Frage gestellt wird. Insofern kann aus der französisch-britischen Zusammenarbeit keine Stärkung der Europäischen Union in operationellen Fragen erwachsen; dieser Anstoß muß von anderen Konstellationen ausgehen.

21 Das pre-CPCO soll bereits 2005 in der Lage sein, ohne Rückgriff auf die NATO-Einrichtungen Ramstein und Neapel täglich 200 »Luft-Sorties« zu leiten; diese Kapazität soll im Jahr 2006 auf 600 erhöht werden. Frankreich behält die Entscheidungsgewalt darüber, ob dieser Stab der NATO oder der EU zur Verfügung gestellt wird. Vgl. French Opera, in: Aviation Week & Space Technology, 20.10.2003, sowie La France organise ses états-majors pour se passer du concours des Etats-Unis et de l'OTAN, in: Le Monde, 31.10.2003.

22 EU Operational Planning. The Politics of Defence, in: IISS Strategic Comments, 9 (Dezember 2003) 10.

23 »Tervuren« ist kein Reizwort mehr [wie Fn. 7].

24 Degrees of Separateness: The EU Military Planning Cell and NATO, in: RUSI Newsbrief, 1.10.2003, S. 111f.

25 Wie bereits zehn Jahre zuvor im Falle von Eurofor, so gelang es Frankreich, Deutschland und Großbritannien auch in dieser Frage, einen Kompromiß zwischen atlantischer Solidarität und europäischer Autonomie zu finden. Vgl. *Assemblée Nationale, Commission de la Défense Nationale et des Forces Armées*, Compte rendu Nr. 15, 17.12.2003, Table ronde sur l'Europe de la Défense, <www.assemblee-nat.fr/12/cr-cdef/03-04/c0304015.asp#P36_222>.

26 Durch die Berlin-Plus-Vereinbarung vom März 2003 erhält die Europäische Union Zugriff auf die Einrichtungen der NATO hat und kann diese nutzen, wenn die NATO einen EU-Einsatz billigt.

Unterschiedliche nationale Ausrichtungen

Frankreich und Großbritannien sind die beiden wichtigsten sicherheitspolitischen Akteure innerhalb der Europäischen Union. Ihre unterschiedlichen Ausrichtungen verhindern jedoch Fortschritte in zentralen Bereichen des Integrationsprozesses. Wie wirken diese Unterschiede auf die militärische Zusammenarbeit Frankreichs und Großbritanniens außerhalb der Union?

Marine: Beispiel Flugzeugträger

Im Februar 2003 gaben Staatspräsident Chirac und Premierminister Blair ihre Absicht bekannt, bei der Beschaffung ihrer jeweiligen neuen Flugzeugträger zusammenzuarbeiten. Außerdem wollen sie durch die Harmonisierung der Bereitschafts- und Ausbildungszyklen darauf hinwirken, daß jederzeit ein europäischer Flugzeugträger einsatzbereit gehalten wird.[27] Wie kann dieser neue Anlauf in der Rüstungszusammenarbeit erklärt werden?[28] Läßt er Rückschlüsse auf eine zunehmende rüstungsindustrielle Integration Frankreichs und Großbritanniens zu?

Das britische Verteidigungsministerium hatte bereits 1999 den Bau von zwei neuen Flugzeugträgern angekündigt, die die drei bislang aktiven 2012 und 2015 ablösen sollen. Unmittelbar nach dieser Entscheidung nahm eine britisch-französische Arbeitsgruppe Gespräche über eine bilaterale Zusammenarbeit im Flugzeugträgerbau auf. Als die französische Regierung im Sommer 2002 beschloß, im Rahmen des militärischen Programmgesetzes ebenfalls Mittel für den Bau eines Flugzeugträgers bereitzustellen, intensivierten und konkretisierten sich die Kontakte zwischen Paris und London.[29] Im Januar 2003 beauftragte die Defence Procurement Agency die britische Firma BAE-Systems und das französische Unternehmen Thales UK mit dem Bau und der Ausstattung der beiden britischen Flugzeugträger. Am 13. Februar 2004 begründete Präsident Chirac die Entscheidung, das französische Schiff mit einem konventionellen Antrieb auszustatten, mit dem Hinweis, daß dies auch »die beste Perspektive [bietet], mit Großbritannien zusammenzuarbeiten«.[30]

Dieser Äußerung folgte auf beiden Seiten des Ärmelkanals umgehend die Klarstellung, daß weder London noch Paris ein Interesse daran hätten, identische Flugzeugträger zu konstruieren.[31] Trotz unterschiedlicher Designs hoffen Großbritannien und Frankreich jedoch, durch die Beteiligung von Thales

27 Franco-British Summit, Le Touquet [wie Fn. 5], Punkt 3d.

28 Zwar gibt es positive Ergebnisse britisch-französischer Zusammenarbeit, wie den Kampfbomber Jaguar oder die Marschflugkörper Storm Shadow/SCALP. Doch verdeutlicht das Beispiel des Eurofighters exemplarisch, wie schwierig die Kooperation zwischen London und Paris auch in diesem Bereich ist. Bereits 1976 nahmen Deutschland, Frankreich und Großbritannien Gespräche über die Entwicklung eines taktischen Kampfflugzeugs für die neunziger Jahre auf, denen sich auch Italien und Spanien anschlossen. Die Auseinandersetzungen um unterschiedliche taktische Bedürfnisse, Zuführungsdaten und die Verwendung amerikanischer Komponenten traten hinter die Streitigkeiten Frankreichs und Großbritanniens um die Führung bei diesem Projekt zurück. Deutschland versuchte den Streit zu schlichten und unterbreitete den Vorschlag, das Projekt mit einer integrierten Managementstruktur durchzuführen. Großbritannien ging auf den deutschen Vorschlag ein, der auch dem deutsch-britisch-italienischen Tornado-Projekt zugrunde lag. Frankreich lehnte ihn jedoch mit der Begründung ab, diese Struktur werde weder seinen strategischen noch seinen industriellen Interessen gerecht, stieg 1985 aus dem Projekt aus und entschloß sich zum Bau eines eigenen Kampfflugzeugs, der Rafale.

29 Bereits am 2. September 2002 diskutierten die Verteidigungsminister beider Länder Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Vgl. French, British Discuss Joint Carrier Effort, in: Defense News, 23.9.2002.

30 Le deuxième porte-avions français sera à propulsion classique, in: Le Monde, 14.2.2004. Damit gab Chirac der einflußreichen Délégation Générale pour l'Armement (DGA) nach, die in einer Studie zu dem Ergebnis gekommen war, ein konventionell angetriebener Flugzeugträger sei – über die gesamte Laufzeit betrachtet – 13 Prozent günstiger als der überarbeitete Nachbau des nuklear angetriebenen Flugzeugträgers »Charles de Gaulle«. Für den Nachbau hatte sich im November 2003 eine vierköpfige Parlamentariergruppe ausgesprochen; vgl. *Assemblée Nationale*, Rapport d'Information Nr. 1196, déposé par la Commission de la Défense Nationale et des Forces Armées sur le mode de propulsion du second porte-avions, <www.assemblee-nationale.fr/12/pdf/rap-info/i1196.pdf>.

31 France, Britain Closer to Carrier Cooperation, in: Defense News, 16.2.2004.

an beiden Projekten bei der Entwicklung und Fertigung der elektronischen Komponenten Kosten sparen zu können. Eine engere, darüber hinausgehende Zusammenarbeit wird derzeit nicht angestrebt.

Dies wird auch an der Art der Umstrukturierung der maritimen Rüstungsindustrie deutlich, die die französische Regierung gegenwärtig vornimmt.[32] Diese Reorganisation ist nicht etwa auf eine engere Kooperation der britischen und französischen Marineindustrie gerichtet; nach dem Willen der politischen Führung in Paris sollen sich die fusionierten Unternehmen Thales-DCN vielmehr gemeinsam mit der deutschen HDW/Thyssen-Krupp zu einer »EADS der Meere« zusammenschließen.[33]

Im Rahmen ihrer gegenwärtigen Zusammenarbeit streben London und Paris immerhin eine verbesserte Standardisierung und Interoperabilität der Flugzeugträger an. Beide wollen zudem Personal des anderen einbinden, Versorgungszyklen auf dem Meer harmonisieren und Synergieeffekte bei Wartung und Einsatzzyklen erzielen.[34] Die Interoperabilität könnte erhöht werden, wenn Großbritannien die derzeit diskutierte Option umsetzen würde, seine neuen Flugzeugträger sowohl mit einer klassischen Startbahn als auch mit Katapulten zu versehen. Katapulte, die Großbritannien nicht benötigt, weil es senkrechtstartende Joint-Strike Fighter einsetzen will, würden es den französischen Rafale erlauben, auch von den britischen Flugzeugträgern zu starten.[35]

Doch muß festgehalten werden, daß die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien allein auf der zeitlichen Nähe des Bedarfs neuer Flugzeugträger und auf der Ähnlichkeit der technischen und operationellen Anforderungen beruht. Es sind wirtschaftliche Sachzwänge, die diese Kooperation begründen. Weder amerikanische noch asiatische Rüstungsfirmen können den Bedarf beider Länder derzeit so preisgünstig abdecken.

Die angekündigte Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien ist also nicht als Zeichen einer Verbesserung der rüstungsindustriellen Integration in der Europäischen Union zu werten. Auf beiden Seiten ist gegenwärtig kein politischer Wille zu erkennen, die unterschiedlichen Philosophien in puncto Rüstungsbeschaffung einander anzunähern.

Streitkräfteplanung

Auch in der bilateralen Zusammenarbeit der Streitkräfte zeigt sich das Bestreben beider Nationen, sich auf pragmatische Schritte zu beschränken, eine weitergehende Integration jedoch zu vermeiden.

Die französisch-britische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist seit Beginn der neunziger Jahre stetig intensiviert worden. Der entscheidende Anstoß ging von dem gemeinsamen Engagement in Bosnien aus.[36] Dort gelangten beide Seiten schnell zu einer identischen Einschätzung der Krise. Sie stellten auch die größten Truppenkontingente der UNPROFOR und koordinierten 1993 gemeinsam die alliierten Bodenoperationen, weshalb sowohl in New York als auch in London und Paris Mechanismen der ständigen Konsultation der außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsträger eingerichtet wurden.[37]

In den Folgejahren wurde die Zusammenarbeit zunehmend institutionalisiert. Am 27. Juni 1995 wurde die Franco-British Euro Air Group (FBEAG) auf dem britischen Luftwaffenstützpunkt in High Wycombe eingerichtet. Dieser Initiative schlossen sich 1998/99 fünf weitere Staaten (Deutschland, Belgien, Spanien, Italien und die Niederlande) an. Sie überführten die FBEAG in die European Air Group (EAG). Die EAG besteht aus einem Generalstab, der in Arbeitsgruppen unterteilt ist, dem aber keine permanenten Lufttransportkontingente unterstehen. Aufgabe der EAG ist die Optimierung der Zusammenarbeit der Luftwaffen bei

32 Die französische Marine-Industrie ist bislang aufgeteilt zwischen der Direction des Constructions Navales (DCN), die Schiffe und U-Boote für die französische Marine baut, und Thales Naval France (TNF), die sich auf elektronische und Radar-Komponenten spezialisiert hat. Anfang Juni 2004 gab die französische Regierung bekannt, daß ihr Flugzeugträger von einer Joint Venture aus DCN und Thales gebaut werden wird. Beide Unternehmen hatten sich unabhängig voneinander um den Hauptauftrag beworben und sich erst auf Druck des Verteidigungsministeriums zusammengeschlossen. Dieser Zusammenschluß gilt Experten als Vorläufer einer Verschmelzung beider Unternehmen. Vgl. UK and France co-operate on warships, in: Financial Times, 5.6.2004

33 Le nouveau porte-avions lance l'Europe navale, in: Le Figaro, 24.2.2004.

34 Déclaration conjointe des ministres de la défense français et britannique sur la coopération sur les porte-avions à bord du porte-avions Charles de Gaulle, 9.6.2004, <www.defense.gouv.fr/actualites/communiques/2004/c090604/090604.htm>.

35 Le deuxième porte-avions français sera à propulsion classique [wie Fn. 30].

36 Zu den folgenden Ausführungen vgl. auch <www.mod.uk/issues/cooperation/uk_french.htm>.

37 Bruno *Tertrais*, Le printemps des relations franco-britanniques, in: Relations Internationales et Stratégiques, (Frühjahr 1995) 17, S. 7–14.

gemeinsamen Einsätzen. Darüber hinaus soll sie die operationellen Transport- und Nachschubfähigkeiten der Luftwaffen verbessern.[38]

Die Heeresverbände Großbritanniens und Frankreichs kommen auf strategischer, taktischer und operationeller Ebene zu gemeinsamen Manövern zusammen, um die Interoperabilität der Streitkräfte bei Einsätzen des Krisenmanagements und der Stabilisierung zu erhöhen. Die Heereskooperation begann 1997 mit der Unterzeichnung eines Letters of Intent (LoI). Dieser zielte auf die Verbesserung der operationellen Fähigkeiten und auf eine Harmonisierung der Doktrinen, der Ausbildung, der Logistik und der Ausstattung. Langfristig soll damit eine effizientere Zusammenarbeit bei gemeinsamen Operationen gewährleistet werden.

1996 hatten die Verteidigungsminister beider Länder bereits einen LoI zu einer Kooperation im maritimen Bereich unterzeichnet, die sowohl gemeinsame Manöver als auch 14 formale Arbeitsgruppen vorsieht. Diese Gruppen unterstehen den beiden Oberbefehlshabern der Marine und treten mehrmals pro Jahr zusammen. Sie befassen sich mit der Entwicklung der künftigen Flugzeugträger, mit operationeller Planung, U-Booten, Anti-U-Boot-Kriegführung, mit Kommunikation, Austausch von Personal, amphibischen Operationen, aber auch mit Fragen der Personalführung.

Der operative Schwerpunkt der Kooperation liegt jeweils auf der Bewältigung von Krisenmanagement-Einsätzen. Im Mittelpunkt steht die Verbesserung der Fähigkeit, gemeinsame oder koordinierte Operationen außerhalb des nationalen Territoriums sowie der NATO-Strukturen zu planen und durchzuführen. Bereits seit 1996 unterhalten beide Staaten eine Joint Commission on Peacekeeping, die die unterschiedlichen *Peacekeeping*-Doktrinen harmonisieren, zumindest aber zu einem besseren Verständnis des jeweils anderen Ansatzes führen soll.

Jährlich tauschen beide Seiten etwa 30 Verbindungsoffiziere aus und führen bis zu 150 bilaterale Übungen durch. Die Generalstabschefs beider Länder treffen sich regelmäßig zu einem Gedankenaustausch, bei dem nach Aussagen des britischen Verteidigungsministers nicht nur Fragen der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO, sondern auch gemeinsame Rüstungsbeschaffungen und aktuelle und künftige Militäraktionen erörtert werden.[39]

Im Gegensatz zur deutsch-französischen Militärkooperation ist es Frankreich und Großbritannien bislang jedoch nicht gelungen, integrierte Streitkräftestrukturen aufzubauen – obwohl die Streitkräfteplanungen auf beiden Seiten des Ärmelkanals ähnlich verlaufen.[40]

Die aktuellsten sicherheitspolitischen Dokumente beider Länder, das im Januar 2003 verabschiedete französische »Militärische Programmgesetz 2003–2008« (*Loi de programmation militaire 2003–2008*) und das im Dezember 2003 vom britischen Verteidigungsministerium herausgegebene Verteidigungsweißbuch (*Delivering Security in a Changing World, Defence White Paper*), sind in ihrer Bedrohungsanalyse nahezu identisch.[41] Beide Dokumente sehen im internationalen Terrorismus und in der Proliferation von Massenvernichtungswaffen die zentralen sicherheitspolitischen Gefahren der Gegenwart. Sowohl Großbritannien als auch Frankreich halten flexible und schnell einsatzfähige militärische Fähigkeiten für die beste Antwort auf diese Bedrohungen.[42]

38 Im Rahmen der Übereinkunft Eurofight werden Luftwaffenoffiziere gemeinsam ausgebildet. Seit dem Jahr 2000 organisiert und leitet der Generalstab jährlich die unter wechselnden Themen durchgeführte Luftwaffenoperation VOLCANEX.

39 Geoff *Hoon*, L'Entente Cordiale: objectifs de défense communs, in: Défense Nationale, April 2004, S. 7–14 (11f).

40 Die Anfänge der deutsch-französischen Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen reichen bis ins Jahr 1982 zurück, als die Verteidigungs- und Außenminister beider Länder eine gemeinsame Kommission für Sicherheit und Verteidigung schufen. 1988 wurde diese Kommission auf höchster politischer Ebene (in dem Gremium sind die Regierungschefs, die Außen- und Verteidigungsminister sowie der Generalinspekteur der Bundeswehr und der Generalstabschef der französischen Armee vertreten) durch den deutsch-französischen Verteidigungsrat ersetzt, der mindestens zweimal jährlich tagt. Diese Entwicklungen mündeten in den neunziger Jahren schließlich in die Aufstellung der deutsch-französischen Brigade und des Eurokorps. Ein regelmäßiger Austausch über die Militärkonzepte beider Länder erleichterte es Frankreich und Deutschland, die Kommandostrukturen des Eurokorps an die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen umgehend anzupassen: Von einem Instrument der Territorialverteidigung wurde das Eurokorps in eine schnelle Eingreiftruppe umgewandelt.

41 Auch wenn das französische militärische Programmgesetz die Rüstungsbeschaffungen der nächsten fünf Jahre festlegt, geht es in seinem ersten Teil auf die sicherheitspolitische Lage ein, aus der sich Streitkräfteplanung und Rüstungsbeschaffung ergeben. Aus diesem Grund ist ein Vergleich mit dem ausführlicheren britischen Verteidigungsweißbuch zulässig.

42 *Ministère de la Défense*, 2003–2008 Military Programme, [wie Fn. 2], S. 10ff.; *Ministry of Defence*, Delivering Security in a Changing World [wie Fn. 2], S. 4ff.

Die britischen Streitkräfte sollen bis zum Jahr 2015 in die Lage versetzt werden, ohne personelle Überdehnung gleichzeitig eine längerfristige Stabilisierungsoperation mittlerer Größenordnung, eine längerfristige Stabilisierungsoperation begrenzten Umfangs und eine einmalige begrenzte militärische Operation durchzuführen. Dabei soll der modulare Aufbau der Streitkräfte gewährleisten, daß die jeweils benötigten Verbände rasch zur Verfügung stehen. Bei ausreichender Vorbereitungszeit muß es den Streitkräften möglich sein, eine militärisch und personell anspruchsvolle große Operation parallel zu einer einfachen kleinen Stabilisierungsoperation durchzuführen.[43]

Diese Ausrichtung der Planung auf Agilität und Verlegefähigkeit hat erhebliche Auswirkungen auf die Streitkräftestruktur. Das Heer soll zu einem ausgewogenen Verhältnis aus schweren, mittleren und leichten Kräften finden. Es wird daher ein Viertel seiner stark gepanzerten Fahrzeuge und schweren Artillerie einbüßen. Eine neue, leichte Brigade soll aufgebaut, die gepanzerten Brigaden von drei auf zwei verringert werden. Gegenwärtig wird im britischen Verteidigungsministerium außerdem über die Auflösung von zehn Infanterie-Regimentern nachgedacht. Auch die anderen beiden Teilstreitkräfte müssen empfindliche Einschnitte hinnehmen. So sollen Luftwaffe und Marine zusammen 10 000 Soldaten einsparen.[44]

Ähnlich den britischen Planungen soll das französische Heer befähigt werden, bis zu 20 000 Mann gleichzeitig und für unbestimmte Dauer auf unterschiedlichen Kriegsschauplätzen einzusetzen (1000 bis 5000 Mann im Rahmen einer nationalen, 12 000 bis 15 000 im Rahmen einer europäischen Operation). Mehr als 50 000 Mann sollen an schweren Kampfhandlungen der Atlantischen Allianz teilnehmen können. Das Heer wurde bereits Ende der neunziger Jahre einem Umstrukturierungsprozeß unterworfen. Die schweren Brigaden wurden aufgelöst und in leichten Einheiten neu zusammengestellt. Die Unterstützungskräfte wurden in »Werkzeugkästen« umgewandelt und stehen diesen Einheiten je nach Bedarf zur Verfügung. Die Marine soll eine leicht gepanzerte Gruppe von 1400 Mann und die nuklearen Angriffs-U-Boote in Krisengebiete verlegen können. Die Luftwaffe soll über einen Verband von 100 Kampfflugzeugen und über eine Transportkomponente verfügen, die in der Lage ist, 1500 Mann innerhalb von drei Tagen in bis zu 5000 Kilometer entfernte Einsatzgebiete zu verlegen. Gleichzeitig sollen ihr Führungs- und Logistikelemente zur Verfügung stehen.[45]

Daß diese vergleichbaren Planungen nicht in integrierte Streitkräfte münden, liegt in den – historisch bedingten – unterschiedlichen militärischen Ausrichtungen beider Länder, die bis heute fortbestehen. Bereits Ende des Zweiten Weltkriegs schlugen beide Staaten verschiedene Wege in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Die traumatische Erfahrung, die nationale Souveränität an eine fremde Besatzungsmacht abgeben zu müssen und auf die (lange ausgebliebene) Rettung der Alliierten angewiesen zu sein, hatte zur Folge, daß Frankreich großes Gewicht auf den Aufbau moderner autonomer militärischer Fähigkeiten legte. Großbritannien knüpfte angesichts der Bedrohungen durch den kommunistischen Imperialismus der Sowjetunion an die im Weltkrieg erprobten engen Beziehungen mit Washington an.[46] Die Suez-Krise von 1956 zementierte diese unterschiedlichen sicherheitspolitischen Ausrichtungen. Der militärischen Gewaltandrohung Frankreichs und Großbritanniens gegen die Verstaatlichung des Suez-Kanals erteilten die Vereinigten Staaten eine konsequente Absage. Washington warnte beide Staaten, daß ihnen künftig die sicherheits- und militärpolitische Unterstützung der USA verwehrt bleiben würde, sollten sie militärisch gegen Ägypten vorgehen. Großbritannien nahm diese Drohung zum Anlaß, seine nationale Sicherheit maßgeblich von den USA garantieren zu lassen. Für Frankreich war mit der amerikanischen Reaktion nach 1940 der zweite Beweis erbracht, daß den USA nicht zu trauen sei. Entsprechend lehnt Paris bis

43 *Ministry of Defence*, Delivering Security in a Changing World [wie Fn. 2], Supporting Essays, Essay 2, Scales of Effort and Military Tasks, Paragraph 2.10.

44 *Ministry of Defence*, Delivering Security in a Changing World, Future Capabilities, Norwich, TSO, Juli 2004.

45 *Ministère de la Défense*, 2003–2008 Military Programme [wie Fn. 2], S. 25.

46 Während des Zweiten Weltkriegs gab es ein außergewöhnliches Maß an Interdependenz zwischen Großbritannien und den USA: von den Vereinigten Stabschefs über die Zusammenarbeit bei der Nachrichtengewinnung, das gemeinsame Ringen um die Atombombe bis zu britischen und amerikanischen Generälen, die die Truppen des jeweils anderen Verbündeten kommandierten. Briten und Amerikaner koordinierten die wirtschaftliche Kriegführung, errichteten ein System gemeinsamer Ausschüsse für die Leitung der Kriegsproduktion und entwickelten gemeinsam Planungen für den Frieden. Das britische Militär war zudem abhängig von der Ausrüstung, die ihm von den USA überlassen wurde; vgl. Alan *Dobson*: Die »Special relationship«: Zur Entwicklung der britisch-amerikanischen Sonderbeziehung seit 1945, in: Hans *Kastendiek*/Karl *Rohe*/Angelika *Volle* (Hg.), Länderbericht Großbritannien, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 1996, S. 349.

heute den amerikanischen Führungsanspruch ab, und zwar nicht allein in der Atlantischen Allianz.

Umstrukturierung der Streitkräfte

Um weiterhin an der Seite der USA operieren zu können, orientiert sich Großbritannien bei seinen militärischen Planungen an der amerikanischen »Revolution in Military Affairs« (RMA). Entsprechend liegt der Schwerpunkt der Umstrukturierung der britischen Streitkräfte, die bis zum Jahr 2015 abgeschlossen sein soll, auf dem Ausbau effektbasierter Fähigkeiten. Bereits mit der Strategic Defence Review (SDR) von 1998 richtete London seine Streitkräfteplanung und –struktur auf die Fähigkeiten künftiger Gegner aus *(capabilities-based)* und verlagerte den operativen Schwerpunkt seiner Planungen auf Auslandseinsätze.[47] Wie in den USA wurde diese Ausrichtung auch in Großbritannien nach den Terroranschlägen von New York und Washington noch einmal forciert. Das im Juli 2002 veröffentlichte *New Chapter* hat die militärischen Planungsrichtlinien für asymmetrische Bedrohungen erweitert. Da es besser sei, terroristische Strukturen dort anzugreifen, wo sie ihren Ursprung haben, sollten Großbritanniens Fähigkeiten noch deutlicher darauf ausgerichtet werden, einen feindlichen Angriff zu verhindern, den Gegner abzuschrecken, zur Aufgabe zu zwingen oder zu zerstören.[48] Dazu benötige die Armee nicht nur verlegbare Hauptquartiere und verbesserte kommunikative und logistische Fähigkeiten, sondern müsse auch eine permanente Informationsüberlegenheit schaffen. Dies könne nur durch »netzwerkzentrierte Fähigkeiten« – das Zusammenspiel von Präzisionswaffen und Informationstechnologien – erreicht werden.

Ausmaß und Geschwindigkeit militärischer Operationen zum Ausgangspunkt militärischer Planungen zu machen, ist das Grundkonzept des im Dezember 2003 veröffentlichten Verteidigungsweißbuchs. Durch verbesserte Kommunikation zwischen den Einheiten könnten, so heißt es darin, die strategischen und militärischen Absichten des Gegners nahezu in Echtzeit erfaßt und umgehend beantwortet werden.[49] So hofft man in London, schneller und mit geringerem personellem Aufgebot eine maximale militärische Wirkung zu erzielen. Diese Planungen sind jedoch nicht zuletzt wegen der steigenden Belastungen für die Soldaten derzeit höchst umstritten. Kritiker monieren, die von Verteidigungsminister Hoon vorangetriebene Umstrukturierung lehne sich zu sehr an die amerikanische »Revolution in Military Affairs« an. So seien die Erfahrungen aus dem Irak-Krieg nicht in die Planungen einbezogen worden.[50]

Auch Frankreich will von den USA weiterhin als ernsthafter Partner bei Militäreinsätzen akzeptiert werden. Entsprechend investiert es im Rahmen des »Militärischen Programmgesetzes 2003–2008« verstärkt in Satelliten und Aufklärungsdrohnen, C^4I-Fähigkeiten und Präzisionsabstandswaffen. Die Planungen sehen eine erhebliche Verbesserung der strategischen Aufklärung vor. Zudem sollen die Mittel zur nationalen Befehls- und Operationsführung verbessert werden und auf der Fähigkeit zur Informationsbeherrschung in Echtzeit beruhen. Neue Aufklärungs-, Kommunikations- und Befehlsführungsfähigkeiten, Präzisionsabstandswaffen sowie Marschflugkörper, die auf Schiffen installiert sind, werden angeschafft.[51]

Die französische Diskussion um die Transformation der eigenen Streitkräfte läßt jedoch erkennen, daß Frankreich seine Planungen nicht allein darauf ausrichtet, handlungsfähig an der Seite der USA zu sein. Paris möchte auch Europa stärken und seine nationale Autonomie im größtmöglichen Maße bewahren.[52]

47 *Ministry of Defence*, The Strategic Defence Review, Cm 3999, Juli 1998, <www.mod.uk/issues/sdr/index.htm>.

48 *Ministry of Defence*, The Strategic Defence Review: A New Chapter, Presented to Parliament by The Secretary of State for Defence By Command of Her Majesty, Cm 5566, Juli 2002, Band 1&2, <www.mod.uk/issues/sdr/newchapter.htm>, hier Paragraph 20.

49 *Ministry of Defence*, Delivering Security in a Changing World [wie Fn. 2], Paragraph 4.7.

50 Zwar seien die schlagkräftigen kleinen Invasionseinheiten in der Lage gewesen, das Regime Saddam Husseins in kurzer Zeit zu besiegen. Doch habe sich sehr schnell gezeigt, daß der Mangel an gut ausgebildeten Stabilisierungskräften eine ernsthafte Bedrohung der Sicherheitslage nach sich gezogen habe. Am 1. Juli 2004 veröffentlichte der Verteidigungsausschuß des *House of Commons* einen Bericht zum Verteidigungsweißbuch, der die »Fixierung« des Verteidigungsministeriums auf High-Tech-Waffen scharf kritisiert; vgl. dazu *House of Commons, Defence Committee*, Defence White Paper 2003, Fifth Report of Session 2003–04, HC 465-I, London, The Stationary Office, <www.publications.parliament.uk/pa/cm200304/cmselect/cmdfence/465/465.pdf>.

51 *Ministère de la Défense*, 2003–2008 Military Programme [wie Fn. 2], S. 11.

52 Ronja *Kempin*/Jocelyn *Mawdsley*, France's »Silent Revolution« on Missile Defence, Frankfurt a. M.: HSFK, Winter 2004/05 (Raketenabwehrforschung International, Bulletin Nr. 56), S. 7f, <www.hsfk.de/abm/bulletin/pdfs/kempmawd.pdf>.

Heeresoffiziere, Armeeangehörige mit engen Verbindungen zur Verteidigungsindustrie sowie die Mehrheit der französischen Intellektuellen lehnen die Konzentration der militärischen Planungen auf netzwerkzentrierte Fähigkeiten ab. Diese entsprächen nicht den europäischen militärischen Bedürfnissen. Außerdem sei zu befürchten, daß die europäischen Staaten mit dem Verweis auf die Interoperabilität vor die inakzeptable Alternative gestellt würden, entweder Geld in die Entwicklung teurer Technologien zu investieren, das an anderer Stelle eingespart werden muß, oder kostensparend amerikanische Waffensysteme zu kaufen und so die nationalen Verteidigungsindustrien zur Bedeutungslosigkeit zu verdammen. Gegen diese Auffassung konnte sich die sogenannte *jeune école* nicht durchsetzen. Diese jungen Offiziere und Sicherheitspolitiker erkennen den Wert neuer Technologien für eine moderne und effiziente französische Verteidigung an und sehen ihren Mehrwert in der Unterstützung und Hilfestellung bei militärischen Interventionen und der Verlegung von Streitkräften in das Einsatzgebiet.

Die Transformation der französischen Streitkräfte wird daher bislang von Vertretern des »französischen Weges«, allen voran François Heisbourg und François Géré, geprägt. Sie stellen die Notwendigkeit netzwerkbasierter Fähigkeiten in Anbetracht asymmetrischer, nichtstaatlicher Bedrohungen nicht in Frage, plädieren jedoch für eine europäische Version der Transformation. Sie fordern, daß die Streitkräfteplanungen der europäischen Staaten an der effizienten Beseitigung der operativen und technologischen Defizite ausgerichtet werden. Die mit der EVA einhergehende Schaffung einer europäischen Verteidigungsindustrie soll zentral an dieser Bedarfsdeckung beteiligt werden.[53] Ihren Vorstellungen trägt das »Militärische Programmgesetz 2003–2008« insofern Rechnung, als es als erstes französisches Verteidigungsdokument die zunehmende Interdependenz europäischer Operationen und Rüstungsbeschaffungen als Faktum festhält.

Aufgrund ihrer vergleichbaren Bedrohungsanalyse verfolgen London und Paris eine ähnliche Streitkräfteplanung. Daß über die Ziele der Umstrukturierung kein Dialog stattfindet und auch über eine mögliche Integration französischer und britischer Streitkräfte nicht nachgedacht wird, liegt in den unterschiedlichen sicherheitspolitischen Ausrichtungen beider Länder begründet. Wie die Stoßrichtung der Umstrukturierung der Streitkräfte verdeutlicht, sind Frankreich und Großbritannien weiterhin nicht in der Lage, diese zugunsten einer europäischen Lösung zu überwinden. Während Großbritannien seine Planungen an der amerikanischen »Revolution in Military Affairs« ausrichtet, um militärisch weiterhin an der Seite der USA operieren zu können, zielen Frankreichs Planungen zwar auch auf militärische Operationsfähigkeit im Verbund mit den USA, in erster Linie aber darauf ab, eine Führungsrolle in Europa spielen zu können und einen möglichst großen nationalen Handlungsrahmen zu bewahren.

53 Partick *Bratton*, France and the Revolution in Military Affairs, in: Contemporary Security Policy, 23 (August 2002) 2, S. 87–112.

Bilanz und Ausblick

Frankreichs Präsident Chirac und Großbritanniens Premier Blair haben mit der Erklärung von St. Malo Ende 1998 den Integrationsprozeß in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik angestoßen. In der Folge haben sie ihre bilaterale Zusammenarbeit weiter ausgebaut. Die ESVP ist maßgeblich von London und Paris gestaltet worden. Beide Staaten haben es bislang jedoch nicht vermocht, ihre unterschiedlichen sicherheitspolitischen Ausrichtungen einander anzunähern. Diese Differenzen setzen der Kooperation in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen enge Grenzen.

Frankreich und Großbritannien gelingt es, bei der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten und deren Einsatz eine katalytische Funktion für die ESVP auszuüben. Die Zusammenarbeit endet jedoch, wenn institutionelle Rahmenbedingungen des Einsatzes von Streitkräften – und damit die Frage der Komplementarität von NATO und ESVP – zur Debatte stehen. Denn diese haben direkte Auswirkungen auf die Finalität des europäischen Integrationsprozesses in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, und hierüber haben beide Seiten unterschiedliche Auffassungen. Während Großbritannien jede Initiative ablehnt, die die zentrale Stellung der NATO gefährden oder in Frage stellen könnte, zielt Frankreichs Politik auf die Verbesserung der autonomen, von der NATO unabhängigen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union ab.

So vermögen die Regierungsvertreter Frankreichs und Großbritanniens die ESVP, aber auch ihre bilaterale Zusammenarbeit nur so weit voranzubringen, wie sie Fragen der sicherheitspolitischen Grundausrichtung aus ihrer Kooperation ausklammern können. Dies ist jedoch im Hinblick auf die operationelle Autonomie der EU, die Integration in der Rüstungspolitik und die Schaffung integrierter europäischer Streitkräfte nicht möglich. Insofern sind in diesen Politikfeldern – wie der Streit um das Battlegroups-Konzept zeigt – keine innovativen Anstöße aus London und Paris zu erwarten.

Dazu müßten beide Abstriche bei ihrem Bestreben machen, eine möglichst große nationale Verteidigungsautonomie zu bewahren. Sie müßten darüber hinaus zu der Überzeugung gelangen, daß integrierte europäische Strukturen sowohl der ESVP als auch der NATO zugute kämen.

Auch in der Rüstungspolitik fehlt auf beiden Seiten die Entschlossenheit, die unterschiedlichen Praktiken der Rüstungsbeschaffung einander anzunähern. Dementsprechend wird sich die Zusammenarbeit in der Rüstungsbeschaffung über den Ärmelkanal hinweg wohl auf Projekte beschränken, bei denen beiden keine besser geeigneten Partner zur Verfügung stehen. Deshalb wird es London und Paris auf absehbare Zeit nicht gelingen, die europäische Rüstungsbeschaffung über eine Koordinierung des Bedarfs hinaus voranzubringen.

Da jedoch auch die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik keine Bereitschaft zu verstärkter Integration erkennen lassen, bildet die britisch-französische Zusammenarbeit den derzeit einzigen Rahmen für Fortschritte in der ESVP. Integrierte europäische Streitkräfte, die auch durch ihre materielle Ausrüstung vollständig interoperabel sind und von einer eigenen Planungseinheit in den Einsatz entsendet werden, werden der ESVP auch in den nächsten Jahren nicht zur Verfügung stehen.

Dieser Befund nimmt die Bundesregierung in die Pflicht, sich künftig deutlich stärker als bisher an der Ausgestaltung der ESVP zu beteiligen. Das Fehlen britischer und französischer Führungsfähigkeit im Bereich der militärischen Integration sollte Berlin dazu bewegen, diese Rolle gemeinsam mit Frankreich, seinem engsten und wichtigsten Partner in der Europäischen Union, auszufüllen.

SWP-Berlin
Französisch-britische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik
März 2005

Abkürzungen

BAE	British Aerospace
C^3ISR	Command, Control, Communications, Intelligence, Surveillance, Reconnaissance
C^4I	Command, Control, Communications, Computing, Intelligence
CPCO	Centre de Planification et de Conduite des Opérations
DCN	Direction des Constructions Navales
DGA	Délégation Générale pour l'Armement
DICoD	Délégation à l'Information et à la Communication de la Défense
EADS	European Aeronautic Defence and Space Company
EAG	European Air Group
ECAP	European Capabilities Action Plan
ERRF	European Rapid Response Force
ESDP	European Security and Defence Policy
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EUMS	European Union Military Staff
Eurofor	European Operational Rapid Force
EVA	Europäische Verteidigungsagentur
FBEAG	Franco-British Euro Air Group
HDW	Howaldtswerke-Deutsche Werft AG
HSFK	Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung
LoI	Letter of Intent
MONUC	Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NRF	NATO Response Force
RMA	Revolution in Military Affairs
RUSI	Royal United Services Institute for Defence Studies
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SDR	Strategic Defence Review
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
TNF	Thales Naval France
TSO	The Stationery Office
UK	United Kingdom
UN	United Nations
UNPROFOR	United Nations Protection Force